

Nationale Prozessbibliothek

- die Prozessbibliothek für die deutsche Verwaltung



Kurzer Sachstandsbericht für den IT-PLR am 08.03.2013

Stand: 22.02.2013



Inhaltsverzeichnis

| | | |
|---|--|---|
| 1 | Motivation | 2 |
| 2 | Ziele und Nutzen..... | 3 |
| 3 | Projektorganisation | 5 |
| 4 | Zusammenarbeit und Projektergebnisse | 6 |
| 5 | Erfolgsfaktoren | 6 |
| 6 | Vision | 6 |
| 7 | Eckpunkte zum weiteren Vorgehen | 7 |

Hinweis:

Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wird hier und im Folgenden auf die Verwendung von Paarformen verzichtet. Stattdessen wird die grammatisch maskuline Form verallgemeinernd verwendet (generisches Maskulinum). Diese Bezeichnungsform umfasst gleichermaßen weibliche und männliche Personen, die damit selbstverständlich gleichberechtigt angesprochen sind.



1 Motivation

Das Thema Prozessmanagement gewinnt für die öffentliche Verwaltung immer größere Bedeutung. Der Bürger erwartet von der Verwaltung, dass sie ihre Dienstleistungen trotz knapper werdender Ressourcen weiterhin auf qualitativ hohem Niveau erbringt und über elektronische Wege erreichbar ist.

Maßnahmen zur Förderung der Interoperabilität sind von wesentlicher Bedeutung, um das soziale und wirtschaftliche Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa zu optimieren.¹

Grundlage jeder Interoperabilität ist die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Industrie und Bürgern. Für diese Zusammenarbeit sind aber nicht nur technische und semantische Standards wie SAGA und XÖV wichtig, sondern insbesondere das Wissen um die Zusammenarbeit auf der organisatorischen Ebene.

Interoperabilität setzt voraus, dass wir ein gemeinsames und übergreifendes Verständnis über Prozessmodelle schaffen. Diese Transparenz fördert das Teilen von Wissen, das Lernen voneinander und führt langfristig zu Harmonisierungen und Effizienzgewinnen in den Verwaltungsabläufen.

Dazu werden die Prozesse und deren IT-Unterstützung in den Blick genommen. Um den Hebel für Effizienzsteigerungen richtig anzusetzen, müssen Arbeitsprozesse optimiert, Informationen und Wissen der Verwaltungen sichtbar und verfügbar gemacht werden. Das gemeinsame und übergreifende Verständnis über Verwaltungsprozesse schafft so die notwendige Transparenz und führt langfristig zu Harmonisierungen von Verwaltungsabläufen und Effizienzgewinnen.

Vernetztes Arbeiten und die Wissensvernetzung der verschiedenen Verwaltungseinheiten und -ebenen muss auch beim Prozessmanagement gefördert werden. Diesen Aspekt greift das vom Bundesministerium des Innern geförderte Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Nationale Prozessbibliothek“ (NPB) auf.

Die Nationale Prozessbibliothek ist aufgrund ihres übergreifenden Ansatzes ein föderales Projekt und gehört zu den Koordinierungsprojekten² des IT-Planungsrates. Sie stellt letztlich die Infrastrukturkomponente für den Baustein „Prozesse“ im Föderalen Informationsmanagements dar – ein Steuerungsprojekt des IT-Planungsrats im NEGS-Umsetzungsprogramm³. Insofern bettet sich die NPB in die Umsetzung der Nationalen E-Government-Strategie (NEGS) ein.

Im Kontext der Demografiestrategie der Bundesregierung⁴ stellt die Nationale Prozessbibliothek eine Maßnahme zur Gewährleistung von Effizienz und Effektivität der Verwaltung dar⁵.

¹ Vgl. auch „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Interoperabilisierung europäischer öffentlicher Dienste“ (BR-Drs. 832/10 v. 16.12.10).

² http://www.it-planungsrat.de/DE/Projekte/Koordinierungsprojekte/koordinierungsprojekte_node.html

Koordinierungsprojekte des IT-Planungsrats sind E-Government- oder IT-Projekte, die eine wesentliche Komponente zur Weiternutzung im föderativen E-Government darstellen (z. B. verwaltungsübergreifende Transaktionsinfrastruktur oder Leuchtturmprojekte sind) und sollen unter der Dachmarke des IT-Planungsrats zusammengeführt und koordiniert werden.

³ http://www.it-planungsrat.de/DE/Projekte/Steuerungsprojekte/Steuerungsprojekte_NEGS/steuerungsprojekte_negs.html?nn=2707488

⁴ http://www.bmi.bund.de/DGS/DE/Demografiestrategie/demografiestrategie_node.html



Das Projekt hat im vergangenen Jahr in der Kategorie „Innovatives eGovernment-Projekt 2012“ das Finale des 12. eGovernment-Wettbewerbs in Deutschland erreicht.

Das dreijährige Forschungsprojekt endet am 31. Mai 2013 mit der Bereitstellung einer funktionsfähigen online-Plattform und soll in den Dauerbetrieb überführt werden.

2 Ziele und Nutzen

Die Ziele des Projektes umfassen⁵:

- a. Identifikation und Analyse der innerhalb der öffentlichen Verwaltung verwendeten Notationen.
- b. Bereitstellung von Referenzprozessen für die verschiedenen Sichten auf Verwaltungsleistungen.
- c. Entwicklung von Mechanismen für die Zuordnung verfügbarer Services und Software zu den Referenzprozessen.
- d. Identifikation von Erfolgsfaktoren für die Ausprägung aktiver Communities,
 - die Prozesse kontinuierlich optimieren und
 - die durch die EU-DLR angestoßene Neuordnung von Back- / Frontoffice-Prozessen weiterführen.

Der Nutzen entfaltet sich in verschiedenen Dimensionen:

- e. Mit der NPB wird die erste Ebenen übergreifende, für die lokale Verwaltung **kostenfreie Plattform für Prozesswissen** in der öffentlichen Verwaltung geschaffen. Die demografischen Veränderungen in Deutschland erfordern auch in der Verwaltung Veränderungen im derzeitigen Informations- und Wissensmanagement. Der hier aufgegriffene Ansatz der Bibliothek als Ort der Wissensbewahrung und -mehrung trägt diesen Veränderungen Rechnung.
- f. Die **Verbindung digitaler Bibliotheksfunktionen** (wie z.B. Archivieren, Wiederauffinden, Ergänzen von Informationen) **mit kollaborativen Web 2.0-Funktionen** (wie z.B. Forum, Wiki, eLearning, Chat, Feedback) bildet die Grundlage für die Sicherung und Verbreitung von inhärent vorhandenem Wissen. Zudem wird es möglich sein, Bausteine für häufig wiederkehrende Prozesse bzw. Prozessschritte (Dienste) abzugrenzen und die so abgeleiteten Lösungsansätze mehrfach nutzbar zu machen. So kann das Prozesswissen als Basis für den Auf- und Ausbau von Shared Service Centern (SSC) in der öffentlichen Verwaltung dienen. Die Erweiterung der Wissensbasis der Behördenrufnummer 115 durch die Aufnahme neuer Prozesse innerhalb der Nationalen Prozessbibliothek und die Identifikation von „Best Practices“ stellen weitere Nutzungspotentiale für die öffentlichen Verwaltungen in Deutschland dar. Wie bei jeder Prozesserhebung und -dokumentation fördert die Nationale Prozessbibliothek letztendlich auch die Transparenz bezogen auf Prozessschritte, Kosten und beteiligte Organisationseinheiten.

Aber nicht nur die Institution „öffentliche Verwaltung“ als Ganzes kann einen Mehrwert erzielen. Auch den einzelnen Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung stehen mit der Plattform Möglichkeiten zur Verfügung, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen, ihr Wissen über Methoden, Prozessabläufen und Werkzeuge auszubauen. Die kollaborative Wissensbasis befähigt zudem zu Selbstorganisiertem

⁵ a.a.O., S. 49.

⁶ <http://www.prozessbibliothek.de/projektziel/>



Lernen (SOL) und andere persönliche Qualifizierungsmaßnahmen. Des Weiteren ermöglichen die integrierten Editierungs- und Modellierungsfunktionalitäten eine aktive Anwendung des Wissens um und über Prozesse. Gleichzeitig soll das aufbereitete Wissen unterschiedliche Perspektiven oder Sichten (wie z.B. strategische, operative oder informationstechnische Sicht) bedienen.

Die Prozesse und Prozessbausteine in der Bibliothek werden, soweit sie E-Government-Lösungen beinhalten, erkennbar den jeweiligen Lösungen zugeordnet. Ziel ist es, deren Verbreitung in der deutschen Verwaltungs(prozess)landschaft zu fördern.

Damit kann die NPB auch bei der Umsetzung des geplanten E-Government-Gesetzes auf Bundesebene einen Beitrag leisten.

- g. Um eine breite Basis an Prozessmodellen in der Nationalen Prozessbibliothek darzustellen und damit die verschiedenen Sichten auf Prozesse zu unterstützen, wurde ein methodenunabhängiges **Repository** konzipiert und etabliert. Diese Unabhängigkeit stellt ein Alleinstellungsmerkmal der NPB dar und grenzt sie so gegenüber kommerziellen Angeboten ab.



Abbildung: Ansicht der Benutzeroberfläche der NPB (Prozessregister)

- h. Mit der Nutzung der Nationalen Prozessbibliothek verknüpft sind darüber hinaus konkrete, **monetäre Einspareffekte** für die teilnehmenden Behörden:
- keine Investitionen in Modellierungswerkzeuge für einfache Dokumentation bzw. Visualisierung von Prozessen notwendig, da in der NPB ab 01.04.2013 Modellierungstools verschiedener Hersteller (einheitlicher Mindestumfang an Funktionen) kostenlos zur Verfügung stehen werden.
 - der Aufbau eigener Prozessbibliotheken ist nicht zwingend erforderlich, da in der NPB auch (geschlossene) Sub- Communities eingerichtet werden können, z.B. Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.
 - Anbindung vorhandener Prozessbibliotheken über eine Schnittstelle auf Basis des xöV-Standards (xProzess) möglich
 - Weiternutzung durch Adaption Lösungen/Prozessmodelle bzw. Best Practice-Lösungen für Verwaltungsabläufe
- i. Außerdem können aus Prozessoptimierungen gewonnene Erfahrungswerte über E-Government-Potenziale mit entsprechenden Musterprozessen in die Nationale Prozessbibliothek eingestellt werden. So wird konsequent ein übergreifendes Prozesswissen für die öffentliche Verwaltung aufgebaut, das weitere Standardisierungen und genauere **Messungen von Bürokratiekosten** ermöglicht. Die NPB ist des-



halb Bestandteil des Dialogs zwischen dem Nationalen Normenkontrollrat und dem IT-Planungsrat.

3 Projektorganisation

Die nachstehende Abbildung stellt die Projektorganisation dar:



Abbildung: Projektorganigramm

Unter Vorsitz des BMI (Ständiger Vertreter der Abteilungsleitung O, Dr. Georg Thiel) gehören dem Lenkungsausschuss folgende Vertreter an:

- Peter Batt, Ständiger Vertreter des IT-Direktors im BMI
- Erwin Schwaerzer, BMI, Referat IT1
- Prof. Dr. Oliver Günther, HU Berlin / Universität Potsdam
- Prof. Dr. Mathias Weske, Universität Potsdam
- Tobias Frick, SM Justiz Sachsen
- Michael Junker, IM Mecklenburg Vorpommern
- Frank Bonse FM Sachsen-Anhalt / GS LeiKa
- Dr. Kay Ruge, Dt. Landkreistag;
- Franz-Reinhard Habbel, DStGB
- Dr. Alfred Reichwein, KGSt
- Carsten Rosche, BMI / P23R
- Achim-Volker König, BMI

Das Projektteam besteht aus 5 wissenschaftlichen Mitarbeitern (3 VZÄ) unter der operativen Leitung von Georg Gelhausen (BMI) und Norbert Ahrend (HU Berlin).



4 Zusammenarbeit und Projektergebnisse

Die funktionalen und nicht-funktionalen Anforderungen an die Plattform wurden in enger Abstimmung mit den Kooperationspartnern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und der KGSt auf Basis eines strukturierten Anforderungsmanagements in mehreren Durchläufen entwickelt und praktisch getestet.

Die weitere Zusammenarbeit und gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Projektansatzes wurden zwischen BMI und den Kooperationspartnern in Kooperationsvereinbarungen ausgestaltet.

Ziel des Projekts war von Beginn an, nicht nur eine Spezifikation zu erstellen, sondern konkret eine Lösung in Gestalt eines Prototypen zu entwickeln.

Seit Juni 2012 ist dieser Prototyp nun dauerhaft im Netz verfügbar und Nutzer können über einen Link auf der Homepage www.prozessbibliothek.de zum Projekt einen Test-Account beantragen. Der Prototyp spiegelt noch nicht vollständig den konzeptionierten Funktionsumfang wider. Das Prozessregister und wichtige Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten (wie z.B. Chat, Profile, Foren und Wiki) können jedoch schon jetzt von den Mitgliedern genutzt werden. Der Prototyp wird bis zum Ende des Projektes im Mai 2013 sukzessive vervollständigt und weiterentwickelt. Mit Projektende wird der Prototyp in den produktiven Betrieb überführt und dann auch aktiv der gesamten öffentlichen Verwaltung zur Nutzung angeboten.

Voraussetzung für die Nutzung der Nationalen Prozessbibliothek ist ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis. In dieser Einschränkung spiegelt sich ebenfalls das seit Beginn des Projektes definierte Grundanliegen wieder, eine von der Verwaltung und für die Verwaltung kostenlose Austauschplattform rund um das Thema Prozesswissen zu schaffen.

Die Nationale Prozessbibliothek steht derzeit im Austausch mit rd. 40 Leuchtturmprojekten, die eine Vorreiterposition im Bereich des Prozessmanagements in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland einnehmen und bereits Inhalte in die NPB einstellen bzw. noch einstellen wollen.

5 Erfolgsfaktoren

Mit allen Ländern haben nach der Erörterung im AK VI im zweiten Halbjahr 2012 die vereinbarten, bilateralen Präsentationstermine stattgefunden. Der Aufbau einer solchen, verwaltungsübergreifenden Plattform wurde grundsätzlich begrüßt. Einvernehmen besteht aber auch darüber, dass eine solche föderale Plattform nur sinnvoll und zweckmäßig ist, wenn sie aktiv genutzt wird. Aufbau der Community und Bereitstellung von Prozessmodellen müssen deshalb weiterhin Schwerpunkt der Arbeiten des Projektteams und in der nachfolgenden Betriebsphase sein.

6 Vision

Getragen durch die erzielten Fortschritte im Projekt und den erhaltenen Zuspruch sieht der Lenkungsausschuss in einer weiteren Etablierung und Förderung der Nationalen Prozessbibliothek erhebliche Synergieeffekte im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung im föderalen Verbund. Er erhofft sich deshalb, dass



- die „Nationale Prozessbibliothek“ zentrale und Ebenen übergreifende Plattform für den Austausch von Prozesswissen wird;
- alle Bundesländer, die gesamte Bundesverwaltung und der überwiegende Teil der kommunalen Gebietskörperschaften in Deutschland die Plattform nutzen, um ihre Verwaltungsprozesse bei Bedarf grafisch und textuell zu erfassen, zu sichern, zur Diskussion zu stellen und zu optimieren;
- E-Government-Projekte die Ergebnisse ihrer Prozessanalysen und die dazugehörigen Dokumentationen in der Nationalen Prozessbibliothek für andere Verwaltungsträger zur Verfügung stellen;
- die Nationale Prozessbibliothek die Aufgaben des Normenkontrollrates durch die Darstellung von Referenzmodellen unterstützt;
- sie erster Anlaufpunkt ist, wenn es um Optimierungsmöglichkeiten durch Kennzahlen- und Verlaufsvergleiche geht;
- mit thematisch angrenzenden E-Government-Projekten wie P23R, Föderales Informationsmanagement und Open Government die Integration der Governance- und Finanzierungsstrukturen erfolgt.

7 Eckpunkte zum weiteren Vorgehen

Für den nachhaltigen Erfolg der Nationale Prozessbibliothek wollen wir folgende Eckpunkte zum weiteren Vorgehen abstimmen:

- Die NPB wird als Anwendung des IT-PLR in den Regelbetrieb überführt.
- Der Bund stellt für den Übergang (06/2013 – 12/2014) die Finanzierung der Nationalen Prozessbibliothek sicher.
- Durch Verzahnung mit dem IT-PLR-Steuerungsprojekt „Föderalen Informationsmanagements“ wird die NPB als Infrastrukturbaukasten für Prozessstandardisierung integriert.
- Die Aufnahme des Regelbetriebs der NPB wird auf Basis der für den IT-PLR üblichen Governnance- und Finanzierungsstrukturen zum 1.1.2015 angestrebt. Entsprechende Befassungen des IT-PLR sind in den nächsten beiden Sitzungen (März und Juni 2013) vorgesehen.
- Aufbau der Community und Bereitstellung von Prozessmodellen sind weiterhin Schwerpunkt der Arbeiten des Projektteams.

